

# Chaos um die Bundesanwaltschaft

**Nachfolge von Michael Lauber** Die Gerichtskommission von National- und Ständerat versucht diese Woche bereits zum dritten Mal, einen neuen Bundesanwalt zu finden. Interne Querelen und politische Machtspiele blockieren und verunsichern das Gremium.



Uneins: FDP-Ständerat Andrea Caroni, Präsident der Gerichtskommission (l.), und FDP-Nationalrat und Kommissionsmitglied Christian Lüscher. Fotos: Franziska Rothenbühler, Lundi 13

## Philippe Reichen

«Dilettantismus», «Schande», «Schlamassel»: Der Genfer FDP-Nationalrat Christian Lüscher hielt sich in seiner Kritik an der Gerichtskommission von National- und Ständerat nicht zurück. Das Interview erschien am vergangenen Donnerstag in der «Tribune de Genève», einen Tag nachdem das Gremium entschieden hatte, auch das zweite Bewerbungsverfahren für die vakante Stelle des Bundesanwalts ergebnislos abzubrechen. Das erste Verfahren war bereits im November 2020 gescheitert. Pikant dabei ist: Auch Lüscher ist Mitglied der Gerichtskommission.

Eine Woche ist seither vergangen. Heute kommt die Kommission wieder zusammen und berät das weitere Vorgehen. Mitglieder signalisieren, es gebe jetzt nur noch eines: Man müsse zur Ruhe kommen und gegen innen und bloss nicht gegen aussen reden. Sicher ist: Die vakante Stelle für den höchsten Strafverfolger des Landes muss wieder ausgeschrieben werden. Das Gesetz verpflichtet die Kommission dazu. Doch wer wird sich nach zwei ergebnislosen Verfahren noch bewerben wollen?

## Hohe Erwartungen

Die Ansprüche sind trotz der Turbulenzen ungebrochen hoch. Und die Wahl bietet den Wählenden eine Bühne, die Andrea Caroni, FDP-Ständerat und Präsident der Gerichtskommission, noch so gerne betritt. In der «Samstagsrundschau» von Radio SRF hat Caroni die Erwartungen noch einmal nach oben geschraubt. Der Appenzell Aus-

serrhoder sagte: «Niemand in diesem Land hat als Einzelperson so viel Macht und Verantwortung und ist so vielen Anfeindungen ausgesetzt. Sie brauchen also eigentlich einen Superman.»

Doch derzeit sind weder Superman noch Superwoman in Sicht. Und Parlamentarier signalisieren, ihre Rolle sei es nicht, Headhunter zu spielen. Im Gegenteil. Einzelne Mitglieder pochten bislang darauf, dass die neue Bundesanwältin oder der neue Bundesanwalt keine Verbindungen in die Gerichtskommission hat, und sprachen das in den Hearings auch offen an.

## Lüschers Warnung

Ein Parlamentarier scheint diese Situation im Stile eines Propheten antizipiert zu haben: Christian Lüscher. Am Morgen des 25. September 2019 trat die Vereinigte Bundesversammlung zusammen, um über das Schicksal von Bundesanwalt Michael Lauber zu entscheiden. Auch Lüscher drängte ans Rednerpult. Der Anwalt trat auf wie in einem Genfer Gerichtssaal. Er zerriss sich für einen Beschuldigten. In diesem Fall für Bundesanwalt Lauber, den Chefankläger des Bundes. Der Vorwurf der Lüge stand im Raum, weil Lauber sich partout nicht mehr an ein Treffen mit Fifa-Präsident Gianni Infantino erinnerte.

Lüscher lobte Laubers Arbeit ausgiebig, bestritt ein vorsätzliches Handeln und griff am Ende zu einer rhetorischen Finte. Er tat so, als wäre Lauber bereits abgewählt. «Viel Glück, einen fähigen Kandidaten zu finden», rief er in den Saal. «So wie Sie Lauber behandeln, wird sich niemand bereit erklären, das Amt zu übernehmen. Retten Sie die Institutionen!»

Das Parlament rettete Lauber tatsächlich, obschon die Gerichtskommission sich mehrheitlich gegen den Bundesanwalt ausgesprochen hatte. Erst im Spätsommer 2020 war Laubers Vertrauen definitiv aufgebraucht. Er trat zurück. Bundesbern atmete auf.

Doch heute ist die Gerichtskommission mit der Wahl eines Nachfolgers oder einer Nachfolgerin überfordert. Ihre Arbeit wirkt chaotisch, bedingt durch Blockdenken und Misstrauen. Sind Lüschers Warnung «Viel Glück, einen fähigen Kandidaten zu finden» und seine Forderung «Schützen Sie die Institutionen!» am Ende zur Realität geworden?

Am Montag hat der Genfer eine parlamentarische Initiative eingereicht. Er verlangt, dass die Gerichtskommission nicht länger für das Auswahlverfahren verantwortlich ist, sondern die Aufgabe dem Bundesrat abgibt, wie dies bis zur Wahl Laubers im Jahr 2011 der Fall war. Zwei Wahlverfahren hätten «in einem Fiasko» geendet, begründet Lüscher seinen

## Das bisherige Wahldebakel

Die Gerichtskommission von National- und Ständerat begann im Herbst ihre Suche nach einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger für den im letzten Spätsommer zurückgetretenen Bundesanwalt Michael Lauber. Die Anzahl eingereicherter Bewerbungen überstieg das Dutzend nicht.

Im November schickte die Kommission den Genfer Generalstaatsanwalt Olivier Jornot und Andreas Müller, Staatsanwalt des Bundes, in ein Assessment. Jornot wie Müller brachten ihre

Vorstoss. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Justizsystem sei beschädigt. Gegenüber der Zeitung «Le Temps» bezeichnete er Mitglieder der Kommission als «buchstäblich verantwortungslos» und warf die Befürchtung auf, sie könnten «die Ernennung ad aeternum blockieren». Auch die Existenz der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (BA) stellt Lüscher infrage.

Der 57-Jährige versucht sich also als Problemlöser. Doch Mitglieder der Gerichtskommission, aber auch Parlamentarier ausserhalb sehen in ihm auch einen Unruhestifter und halten seine Initiative für ein ordnungspolitisches Ärgernis. Eine Subkommission der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist seit längerem daran, Reformvorschläge für die BAvorzubereiten. Darauf verweist auch Andrea Caroni. Er sagt: «Es gibt schon zahlreiche Vorstösse zur BA. Die Erkenntnisse der GPK erwarte ich für Frühlings.»

Lüschers Vorpreschen ist symptomatisch. Mitglieder der

Eignungstests gut hinter sich. Im Fall von Jornot gab die Personalberatungsfirma eine Empfehlung ab unter dem Vorbehalt, dass er sich im zwischenmenschlichen Austausch verbessern könne. Die Kommission wies am Ende beide Kandidaten ab.

Der zweite Anlauf endete erneut im Fiasko. Diesmal schickte die Kommission drei Kandidaten ins Assessment und erteilte allen eine Absage. Heute entscheidet die Gerichtskommission über das weitere Vorgehen. (phr)

Gerichtskommission beobachten mit Unbehagen, dass der Genfer vor allem Einfluss auf die BA haben will. Die NZZ nannte kürzlich mögliche Gründe dafür. Sie schrieb: «In der Datenbank des Bundesstrafgerichts in Bellinzona ist Lüscher mit 23 Mandaten aufgeführt, in denen er jeweils der Bundesanwaltschaft gegenübersteht. Dazu gehören etwa verschiedene Rechtshilfesuche im Zusammenhang mit zwei gigantischen Korruptionskomplexen in der brasilianischen und der norwegischen Rohstoffindustrie.» Kein Parlamentarier hat beruflich so viel mit der BA zu tun wie Lüscher. Der Genfer hat auf Fragen dieser Zeitung nicht reagiert. Gegenüber der NZZ dementierte Lüscher, Einfluss nehmen zu wollen.

## Gegenwehr aus der SVP

Lüschers Powerplay provoziert Gegenwehr. Selbst SVP-Leute stellen sich ihm in der Gerichtskommission in den Weg. Sie haben darauf hingearbeitet, dass der ehemalige Zürcher Polizeikommandant Thomas Würzler Bundesanwalt wird. Um für ihn den Weg frei zu machen, hätten die Kommissionen für Rechtsfragen das Rentenalter für den Bundesanwalt erhöhen müssen. In der ständerätlichen Kommission kam der Antrag mit 11 zu 2 Stimmen durch, in der nationalrätlichen scheiterte er mit 12 zu 11 Stimmen. Lüscher stimmte dagegen. Würzler war damit unwählbar, zum Verdruss der SVP. FDP-Ständerat Caroni hätte anders entschieden. Er sagt: «Ich war und bin für diese längst überfällige Anpassung – völlig unabhängig von bestimmten Kandidaturen.»

Auch die Linken in der Gerichtskommission sind von Lüschers Machtanspruch wenig angetan, jedoch aus anderen Gründen. Sie pochen beim Bundesanwalt auf höchstmögliche Unabhängigkeit, auf Distanz zu den Banken, zum Finanzplatz und zu Christian Lüscher selbst. Darüber hinaus ist für linke Frauen klar: Die Schweiz braucht eine Bundesanwältin.

Die allgemeine Uneinigkeit und divergierende Interessen innerhalb der Kommission dringen auch in den Kandidatenhearings durch. Die Kandidaten spüren anhand der Fragen rasch, wem sie genehm sind und wem nicht und wo es nur darum geht, sie aus politischen Gründen zu diskreditieren und ihre Wahl zu verhindern. Auch so lassen sich der fehlende Konsens und das Scheitern aller Kandidaten erklären. Das Scheitern von vergangener Woche fasste Andrea Caroni in der «Samstagsrundschau» so zusammen: «Wir haben über die Kandidaten diskutiert und befunden, und am Schluss stellte sich die Frage, portieren wir jemanden, oder brechen wir ab, und das Resultat war mit 9 zu 7 Stimmen, dass wir abbrechen.»

Der Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi will trotz des Hickhacks keine Emotionen aufkommen lassen. «Wir haben noch keine genügend qualifizierte Person gefunden», stellt er nüchtern fest. Andrea Caroni betont wiederum: «Es ist so, dass die Zusammensetzung des Wahlgremiums – 17 Parlamentarier – natürlich dazu einlädt, hüben wie drüben politische Gesichtspunkte einfließen zu lassen.» Das soll sich nun alles ändern – endlich zum Guten.